ANTRAG FÜR ÜEA-Provider

ANTRAG	**Unternehmen (Stempel)**
zur Aufnahme als Provider für Überfall-/Einbruchmeldeanlagen bzw. sonstige Anlagen für Notfälle/Gefahren mit Anschluss an die Polizei (ÜEA-Provider) gemäß Pflichtenheft für ÜEA-Provider (Pfh) in das **bundesweite Verzeichnis** für ÜEA-Provider	

Beantragt wird die Zulassung als ÜEA-Provider für das Bundesland:

_____

1 Antragsteller

_____
Name des Unternehmens *(vollständige Bezeichnung)*

_____
Straße

_____
PLZ, Ort

_____
Telefon

_____
Fax

_____
E-Mail-Adresse

_____
URL der Webseite

2 Unternehmensform

_____
(z. B. Einzelunternehmen, GbR, GmbH, KG, OHG)

3 Eintragung im Handelsregister

Ist das Unternehmen im Handelsregister eingetragen ? ❑ Ja ❑ Nein

(Wenn ja, Auszug aus Handelsregister in Kopie beifügen)

4 Gesetzlich Verantwortliche/r

4.1 1. Verantwortlicher	**4.2 2. Verantwortlicher**
Name, Vorname	Name, Vorname
Straße	Straße
PLZ, Wohnort	PLZ, Wohnort
Geburtsdatum, Geburtsort	Geburtsdatum, Geburtsort

(z. B. bei Einzelunternehmen: Inhaber, bei GmbH: Geschäftsführer, bei KG: Komplementär, bei GbR bzw. OHG: Gesellschafter)
(Bei weiteren Personen, Aufführung auf einem gesonderten Blatt fortsetzen. Führungszeugnis/se beifügen).

5 Hauptgewerbe des Unternehmens

(aktuelle Gewerbeanmeldung in Kopie beifügen)

6 Unternehmensbereich Notruf- und Serviceleitstelle

6.1 Abwicklung der technischen Dienstleistung über zwei zertifizierte AES nach DIN EN 50518 an unterschiedlichen Standorten gemäß Nr. 2.1 Anlage 10 der ÜEA-Richtlinie:

Primäre AES zum eigenen Unternehmen gehörend ❑Ja ❑ Nein

Wenn nein: Primäre AES des Kooperationspartners

Standort der primären AES

Sekundäre AES zum eigenen Unternehmen gehörend ❑Ja ❑ Nein

Wenn nein: Sekundäre AES des Kooperationspartners

Standort der sekundären AES

(Dokumente/Zertifikate der Zertifizierung/en in Kopie beifügen)

6.2 Betreiben einer eigenen zertifizierten NSL nach der VdS-Richtlinie 3138 bzw. zukünftig nach der national geplanten Vornorm DIN VDE V 0827-11 gemäß Nr. 2.2 Anlage 10 der ÜEA-Richtlinie:

Wahrnehmung des primären Alarmdienstes (AD) durch eigne NSL ❑ Ja ❑ Nein

Standort der primären NSL mit AD _____

Wahrnehmung des sekundären Alarmdienstes durch die eigne NSL ❑ Ja ❑ Nein

Wenn nein: Sekundäre NSL des Kooperationspartners _____

Standort der sekundären NSL mit AD _____

Sekundäre NSL ist ständig besetzt ❑ Ja ❑ Nein

Wenn nein: Entsprechende Ersatzmaßnahmen für den Ausfall des AD sind gemäß Nr. 2.2 ,3. Absatz, Anlage 10 der ÜEA-Richtlinie sind gewährleistet ❑ Ja ❑ Nein

(Dokumente/Zertifikate der Zertifizierung/en in Kopie beifügen)

6.3 Alarmübertragung zur Polizei ausschließlich über zertifizierte Schnittstellen und mittels Übertragungsprotokollen gemäß VdS-Richtlinie 2465 unter Einhaltung der DIN EN 50136 ? ❑ Ja ❑ Nein

(entsprechende Dokumente/Zertifikate in Kopie beifügen)

6.4 Ständige telefonische Erreichbarkeit durch Personal in sehr gutem Deutsch in Wort und Schrift ❑ Ja ❑ Nein

Telefonische Erreichbarkeit: _____

Erreichbarkeit per E-Mail: _____

Die telefonische Erreichbarkeit von AD, AES, Notdienst bzw. sekundärem AD, sekundärer AES ist gemäß Nr. 2.3, Anlage 10 der ÜEA-Richtlinie über die vorstehende Rufnummer ist gewährleistet ❑ Ja ❑ Nein

7 Hauptbetrieb/Zweigbetrieb

Handelt es sich bei dem Antragsteller um einen Zweigbetrieb ? ❑ Ja ❑ Nein

Wenn ja, Anschrift des Hauptbetriebes angeben:

_____

_____

_____

(Aufführung ggf. auf einem gesonderten Blatt fortsetzen)

8 Erklärung

Der Antragsteller erklärt, dass er

- alle Fragen in diesem Antrag wahrheitsgemäß und vollständig beantwortet hat,
- jede Änderung/Ergänzung in Bezug auf die in diesem Antrag getätigten Angaben der für das Bundesland des Antragstellers (Sitz des Unternehmens) zuständigen Polizeibehörde unaufgefordert und unverzüglich mitteilt,
- die im Pflichtenheft für ÜEA-Provider (Pfh) und der ÜEA-Richtlinie enthaltenen Forderungen sowie die Anforderungen der unter Nr. 2.2 des Pfh und der Anlage 10, Nr. 2, der ÜEA-Richtlinie angeführten Regelwerke in der jeweils neuesten Fassung sowie die anerkannten Regeln der Technik einhält,
- mit der Aufnahme in das bundesweite Verzeichnis keine unzulässige Werbung betreibt (siehe hierzu Nr. 2.4 des Pflichtenhefts).

Der Antragsteller erklärt weiterhin, dass er davon Kenntnis genommen hat, dass

- eine weitere Bearbeitung dieses Antrages nur dann erfolgt, wenn die Aufnahmebedingungen erfüllt sind und alle erforderlichen Nachweise vorgelegt wurden,
- bei einem späteren Verstoß gegen die in den Aufnahmebedingungen enthaltenen Forderungen die Eintragung in dem bundesweiten Verzeichnis gelöscht wird,
- sich die Pflicht zur Kostentragung nach dem landesspezifischen Verwaltungskostenrecht richtet.

9 Beigefügte Unterlagen/Nachweise

Der Antragsteller

- bestätigt, dass die unternehmensspezifisch erforderlichen, nachfolgend angekreuzten und eingereichten Unterlagen/Nachweise gültig sind sowie dem aktuellen Stand entsprechen

  und

- erkennt an, dass unvollständig eingereichte Unterlagen, die nach schriftlicher Mitteilung durch die für das Bundesland des Antragstellers (Sitz des Unternehmens) zuständigen Polizeibehörde nicht innerhalb von 6 Wochen vervollständigt wurden, vernichtet werden können.

Art der Unterlage bzw. des Nachweises	**zugehörige Nummer im Antrag**	**beigefügt**	**beantragt**
Auszug aus dem Handelsregister in Kopie *(soweit zutreffend)*	3	❑	
Führungszeugnis/se der/des gesetzlichen Vertreter/s unter Nr. zur Vorlage bei einer Behörde beantragt *(siehe Anmerkung)*	4		❑
Technische Dienstleistung durch zwei AES an unterschiedlichen Standorten	6.1	❑	
Betreiben einer eigenen NSL mit Alarmdienst	6.2	❑	
Einsatz von Geräten und Verwendung von Übertragungsprotokollen gemäß VdS-Richtlinie 2465 unter Einhaltung der DIN EN 50136	6.3	❑	

***Anmerkung*: Das/Die Führungszeugniss/e ist/sind zeitgleich mit der Antragstellung und in Abstimmung mit der/den betroffenen Personen als „Führungszeugniss/e zur Vorlage bei einer Behörde" nach dem Bundeszentralregistergesetz zu beantragen. Das/Die Führungszeugniss/e werden von der Meldebehörde dem Landeskriminalamt unmittelbar übersandt. Um Irrläufer beim Versand zu vermeiden ist der Meldebehörde die vollständige Adresse der für das Bundesland des Antragstellers (Sitz des Unternehmens) zuständigen Polizeibehörde inklusive der Angabe des Akten-/Geschäftszeichens zu übermitteln.**

10 Datenschutz

Die Unterzeichner willigen ein, dass die personenbezogenen Daten zu Bearbeitungs- und Überprüfungszwecken in Zusammenhang mit diesem Antrag zur Listung im bundesweiten Verzeichnis der ÜEA-Provider von der Polizei verarbeitet, gespeichert und abgeglichen werden dürfen. Die Datenverarbeitung der Polizei beinhaltet neben der internen Vorgangsbearbeitung den Abgleich mit den polizeilichen Informationssystemen sowie mit externen datenspeichernden Stellen. Diese Vorgehensweise kann, soweit erforderlich, wiederholt werden.
Ferner willigen die Unterzeichner ein, dass das Verzeichnis der ÜEA-Provider veröffentlicht werden darf (z. B. im Internet).
Den Unterzeichnern ist bekannt, dass die Einwilligung zur Datenverarbeitung jederzeit schriftlich widerrufen und die Löschung der personenbezogenen Daten verlangt werden kann.

Hinweis: Diese Daten werden getrennt von den Daten Tatverdächtigter gespeichert.

Ort, Datum

Unterschrift der unter Nr. 4.1 aufgeführten Person *(Name in Klarschrift hinzufügen)*

Unterschrift der unter Nr. 4.2 aufgeführten Person *(Name in Klarschrift hinzufügen)*

Weitere Unterschrift/en der zu Nr. 4 aufgeführten Person/en *(Name/n in Klarschrift hinzufügen)*

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers